

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Donnerstag, dem 19. Juni 1986

am Freitag, dem 20. Juni 1986

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Blunck (SPD)	1	Müller (Düsseldorf) (SPD)	74
Borchert (CDU/CSU)	7, 8	Dr. Nöbel (SPD)	62, 63
Brück (SPD)	6, 31	Frau Odendahl (SPD)	60, 61
Catenhusen (SPD)	73	Paterna (SPD)	56, 57
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	36, 37	Dr. Penner (SPD)	52, 53
Dreßler (SPD)	27, 28	Reimann (SPD)	58, 59
Frau Eid (DIE GRÜNEN)	71, 72	Schäfer(Offenburg) (SPD)	64, 65
Eigen (CDU/CSU)	18, 19	Schartz (Trier) (CDU/CSU)	44, 45
Dr. Emmerlich (SPD)	48, 49	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	29, 30
Fischer (Bad Hersfeld) (DIE GRÜNEN)	70	Schreiner (SPD)	2, 3
Gansel (SPD)	14, 15	Dr. Schroeder (Freiburg) (CDU/CSU)	42, 43
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	10, 11	Dr. Schwenk (Stade) (SPD)	40, 51
Dr. Hirsch (FDP)	12, 13	Frau Simonis (SPD)	34
Immer (Altenkirchen) (SPD)	21, 68	Dr. Sperling (SPD)	4, 5
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	17, 69	Dr. Spöri (SPD)	9
Kirschner (SPD)	24, 25	Frau Steinhauer (SPD)	20
Kolbow (SPD)	32, 33	Stiegler (SPD)	22, 23
Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	35	Uldall (CDU/CSU)	54, 55
Dr. Kübler (SPD)	16, 50	Verheugen (SPD)	75, 76
Dr. Lammert (CDU/CSU)	26	Frau Will-Feld (CDU/CSU)	66, 67
Löffler (SPD)	38, 39	Würtz (SPD)	41
Mann (DIE GRÜNEN)	46, 47		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	11
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	12
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	12

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD)
- Für welche Gesetze mit Frauenrelevanz ist die federführende Gesetzgebungskompetenz des Bundesministers der Justiz auf das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit übergegangen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

2. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Trifft die Auffassung des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat von Saarlouis zu, wonach der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und der Kanzleramtsminister die Partnerschaftvereinbarung zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt in offiziellen Stellungnahmen begrüßt haben (siehe Saarbrücker Zeitung vom 31. Mai 1986)?
3. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Welche konkreten Weisungen durch die Bundesregierung hatte ein Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin vor und während der Verhandlungen über die Städtepartnerschaft zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt zu erfüllen, und war ihm die im nachhinein erhobene Kritik der Bundesregierung von ihrer inhaltlichen Seite zum Zeitpunkt der Vertragsverhandlungen bekannt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

4. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Bundesminister Dr. Schneider, daß Wohnungsleerstände kein allgemeines Problem sind und daß die Nachfrage nach Wohnungen wieder deutlich zunehmen wird (Pressemitteilung 4. Juni 1986)?
5. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Bundeskanzler Kohl, daß uns auf dem Wohnungsmarkt nach Engpässen ein Überangebot erwartet (Bulletin 5. Juni 1986)?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

6. Abgeordneter
Brück
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung durch die zusätzliche Aufstellung von Lesegeräten für die Bearbeitung maschinenlesbarer Personalausweise und Europapässe an den Binnengrenzen der EG-Nachbarstaaten beabsichtigt, die Kontrolle der EG-Grenzen zu intensivieren, und widerspricht dies nicht den Plänen der Bundesregierung, in einem Europa der Bürger innergemeinschaftliche Grenzen allmählich abzubauen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

7. Abgeordneter
Borchert
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Wettbewerbsverzerrungen in der EG dadurch entstehen, daß die auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden Mittel aus der Mitverantwortungsabgabe Milch in der Bundesrepublik Deutschland im Gegensatz zu einigen anderen EG-Ländern der Umsatzsteuer unterworfen werden, obwohl die 6. Richtlinie zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften über die Umsatzsteuer in allen EG-Ländern die gleichen Umsatzsteuervorschriften vorschreibt?
8. Abgeordneter
Borchert
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um diese Wettbewerbsverzerrungen zu unterbinden und für die deutsche Landwirtschaft eine gleiche Ausgangsposition zu verschaffen?
9. Abgeordneter
Dr. Spörl
(SPD)
- Kann die Bundesregierung angeben, zu welchem Anteil sie indirekte Steuern etwa erhöhen will, um die 20 Milliarden DM-Differenz zwischen der in der kommenden Legislaturperiode beabsichtigten Brutto- und Nettosteuersenkung zu finanzieren, und wie stark etwa der Subventionsabbau zur Finanzierung beitragen soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

10. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hamm-Brücher**
(FDP)
- Gedenkt die Bundesregierung gesetzliche und/oder administrative Konsequenzen aus der Verurteilung von Managern des Rheinmetall-Konzerns wegen der Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz zu ziehen?
11. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hamm-Brücher**
(FDP)
- Sind der Bundesregierung weitere indirekte Umgehungsmöglichkeiten der gültigen gesetzlichen Bestimmungen für Waffenexportgeschäfte bekannt?
12. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Urteilsbegründung der Zehnten großen Strafkammer des Düsseldorfer Landgerichts als mildernde Umstände die „halbherzige Kontrolle“ der zuständigen staatlichen Stellen beim Rüstungsexport, mangelnde Koordinierung der verschiedenen für die Kontrolle des Waffenexports zuständigen staatlichen Stellen und eine Handhabung dieser Kontrollen zugunsten der Wirtschaft genannt worden sind, und kann die Bundesregierung gegebenenfalls aufzeigen, welche „halbherzigen“ Kontrollen damit gemeint sind?

13. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus diesem Urteil ziehen?
14. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung die Endverbleibsregelung für U-Boote und Fregatten ändern will, die aus der Bundesrepublik Deutschland an Argentinien geliefert worden sind, und wenn ja, was hat die Bundesregierung bewogen, die bisherige Regelung in Ziffer 14 der Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 28. April 1982 aufzugeben?
15. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Wird die Bundesregierung mit der argentinischen Regierung den weiteren Endverbleib vertraglich sichern, und hat der potentielle Erwerber auch in der Vergangenheit Kriegswaffen aus der Bundesrepublik Deutschland erhalten?
16. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, in welcher Größenordnung die privaten und industriellen Verbraucher von Erdölprodukten infolge des Rückgangs der Ölpreise in den ersten fünf Monaten 1986 insgesamt finanziell entlastet worden sind und im Jahresdurchschnitt voraussichtlich finanziell entlastet werden, und um wie viele Prozentpunkte ist die Preissteigerungsrate durch die fallenden Ölpreise bereits reduziert worden bzw. wird sie im Jahresdurchschnitt reduziert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

17. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Welche Bestimmungen des geltenden EG-Rechts im einzelnen verbieten es, unausgenutzte einzelbetriebliche Referenzmengen von Milch auf spätere Jahre zu übertragen – auch nicht in Härtefällen – wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine schriftliche Anfrage vom 14. Mai 1986 (Drucksache 10/5625) meint, und gibt es derzeit kein einziges Mitgliedsland der EG, das seinen Bauern derartige Übertragungen zumindest in Härtefällen erlaubt?
18. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die dänische Firma Vejle von der dänischen Regierung die Erlaubnis zur Herstellung von Milchimitaten (Butter/Margarine) erhalten hat, und was gedenkt sie zu tun, um die dänische Regierung von ihrer unverantwortlichen Handlungsweise abzubringen?

19. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- In welcher Weise verhindert die Bundesregierung den Import von Milchmilitaten in die Bundesrepublik Deutschland, und ist sie bereit, bei der EG-Kommission eine Senkung der dänischen Milchquote zu beantragen, da die dänische Regierung die Herstellung von Milchmilitaten genehmigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

20. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die sportmedizinische Forschung neueste Erkenntnisse über die Bedeutung des Sports in der Arbeitswelt hat, und ist die Bundesregierung bereit, Modellversuche zu unterstützen und finanziell zu fördern, um für die konkrete Umsetzung im Arbeitsschutz und in der Arbeitsmedizin entsprechende Erkenntnisse zu erhalten?
21. Abgeordneter
Immer (Altenkirchen)
(SPD)
- Mit welcher Begründung verweigert die Bundesregierung dem Kurdischen Institut e. V. die Genehmigung von ABM-Stellen?
22. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie viele Arbeitnehmer über 58 Jahre haben inzwischen von der Möglichkeit, Arbeitslosengeld zu beziehen, ohne sich arbeitssuchend zu melden (§ 105 c AFG), Gebrauch gemacht, und in welchen Regionen (Arbeitsamtsbezirke/Landesarbeitsamtsbezirke) beeinflußt diese Regelung die Arbeitslosenquote überdurchschnittlich?
23. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie viele Frauen (Männer) sind bisher wegen des Bezuges von Erziehungsgeld aus der Arbeitslosenstatistik gestrichen worden, und wie wirkt sich diese Streichung auf die Arbeitsmarktstatistik aus?
24. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Wie viele Beschäftigungsverhältnisse, deren Entgelte unter der Sozialversicherungsgrenze von 410 DM liegen, werden derzeit in der Bundesrepublik Deutschland ausgeübt, und wie viele davon entfallen jeweils auf die private Wirtschaft und auf die öffentliche Hand?
25. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Wie viele davon entfallen wiederum auf Privatfirmen, die für die öffentliche Hand tätig sind und auf Unternehmen mit Beteiligung der öffentlichen Hand?
26. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Welche Rechtfertigung besteht heute noch für die §§ 1 bis 11 der Verordnung über die Beschäftigung von Frauen auf Fahrzeugen vom 2. Dezember 1971, und welche Absichten hat die Bundesregierung, die daraus sich ergebenden tatsächlichen Benachteiligungen der Frauenerwerbstätigkeit zu beseitigen?

27. Abgeordneter
Dreßler
(SPD) Wann endlich beabsichtigt die Bundesregierung, dem einstimmigen Beschluß des Deutschen Bundestages vom 12. September 1985 nachzukommen und die Arbeiterlaubnisverordnung entsprechend in dieser Legislaturperiode zu ändern?
28. Abgeordneter
Dreßler
(SPD) Ist das zwischen den beteiligten Ressorts durchzuführende Abstimmungsverfahren mittlerweile erledigt, bzw. welche Gründe gibt es für die Nichterledigung?
29. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Trifft es zu, daß Gesetzgebungskompetenzen und Federführung für den Bereich des Arbeits-, Berufs- und Rentenrechts, soweit Frauen betroffen sind, als Folge der Namensergänzung vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung abgezogen und auf das ergänzte Ministerium übertragen wurden?
30. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Trifft es zu, daß die finanziellen Mittel für Fördermaßnahmen für Frauen aus den Bereichen Arbeit, Beruf, Renten und Soziales, soweit sie bisher dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zugewiesen, jetzt dort abgezogen wurden und dem ergänzten Ministerium zugewiesen worden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

31. Abgeordneter
Brück
(SPD) Wann ist mit dem Bau eines gemeinsamen Dienstgebäudes für die Bundeswehr in Saarbrücken zu rechnen?
32. Abgeordneter
Kolbow
(SPD) Ist die Genehmigung der Vergabe von Haushaltsmitteln, die gemäß den „Richtlinien über die Verwendung der bei Kapitel 14 01 Titel 531 02 für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen zur Verfügung stehenden Ausgabemittel“ (VMBl. 1977, Seite 34 bis 35) für Veranstaltungen der Truppe beantragt werden, an denen Politiker teilnehmen, davon abhängig, ob diese Politiker einer Partei in Regierungsverantwortung oder einer Oppositionspartei angehören?
33. Abgeordneter
Kolbow
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die Entscheidungen eines gemäß Ziffer 2 dieser Richtlinien über die Inanspruchnahme der Ausgabemittel Entscheidungsbefugten, für eine solche Veranstaltung mit einem Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied der Bundesregierung die Vergabe solcher Haushaltsmittel zu genehmigen, sie hingegen für eine völlig gleichartige Veranstaltung mit einem Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion nicht zu genehmigen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

34. Abgeordnete
**Frau
Simonis**
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Informationsbroschüre „Nach Tschernobyl“ Antworten auf 21 Fragen, zu mehr als 50 v. H. in Niedersachsen verteilt wurde, und wann ist diese in anderen Bundesländern zur Verteilung ausgeliefert worden?
35. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, darauf einzuwirken, daß Ehepartner, die jahrelang zusammengelebt haben und dann in ein Heim (Altenheim, Pflegeheim etc.) kommen, dort nicht getrennt untergebracht und gepflegt werden?
36. Abgeordnete
**Frau
Dr. Däubler-Gmelin**
(SPD)
- Welche konkreten zusätzlichen Kompetenzen hat die Aufnahme des Zusatzes „und Frauenfragen“ aus dem Organisationserlaß des Bundeskanzlers für die neue Ministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit zur Folge?
37. Abgeordnete
**Frau
Dr. Däubler-Gmelin**
(SPD)
- Welche organisatorischen und personellen Umstrukturierungen und Veränderungen wird die Umbildung des bisherigen Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit zur Konsequenz haben, um diese Kompetenzen angemessen erfüllen zu können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

38. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu dem geheim gehaltenen Gutachten der Deutschen Eisenbahn Consulting über den Eisenbahn-Transitverkehr nach Berlin ein?
39. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung zur zukünftigen Gestaltung des Eisenbahnverkehrs von und nach Berlin entgegen den Empfehlungen des Gutachtens?
40. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD)
- Worauf führt es die Bundesregierung zurück, daß bei dem Ölunfall auf der Weser bei Bremerhaven am 10. Juni 1986 Ölbekämpfungsmaßnahmen erst mit solcher Verspätung einsetzten, daß die Ölverschmutzungen an den Weserstränden, insbesondere im Wurster Watt, nicht verhindert werden konnten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

41. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Warum hat die Bundesregierung die Vierzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes erlassen?
42. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU) Entsprechen nach Kenntnis der Bundesregierung die Sicherheitsstandards des französischen Kernkraftwerks Fessenheim am Oberrhein den deutschen Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke, oder gibt es hinsichtlich der Konstruktion, des Betriebs und der Überwachung Unterschiede?
43. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung in den zurückliegenden Jahren Störfälle beim Betrieb des französischen Kernkraftwerks Fessenheim bekanntgeworden, und welche Vorsorgemaßnahmen sind bei Störfällen im Kernkraftwerk Fessenheim zum Schutz der Bürger auf der deutschen Rheinseite vorgesehen?
44. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU) Entsprechen Pressemeldungen der Wahrheit, nach denen die Bundesregierung ihre Zustimmung dazu gegeben hat, daß die Abgabe an radioaktiven Stoffen aus dem französischen Kernkraftwerk Cattenom 15 Curie je Block betragen darf und daß bei dem deutschen Kernkraftwerk Biblis die Abgabe an radioaktiven Stoffen auf 1,5 Curie festgelegt ist?
45. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU) Entsprechen Pressemeldungen den Tatsachen, daß diese Zustimmung der Bundesregierung ohne die Konsultationen der Landesregierung von Rheinland-Pfalz und des Saarlandes gegeben wurde und daß darüber hinaus die kommunalen Körperschaften in dem Einflußbereich von Cattenom nicht informiert wurden?
46. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN) Trifft es zu, daß die Radioaktivitätsbelastung für die Bevölkerung beim Normalbetrieb der Wackersdorfer Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) fünfzehnmal höher als bei einem „normalen“ Atomreaktor sein würde, und welche Risikostudien und Störfallanalysen wurden für die Wackersdorfer WAA erstellt und/oder veröffentlicht?
47. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN) Welche Änderungen von Jahresaufnahmegrenzwerten („annual limit of intake“ = ALI-Werte) enthält der dem Länderausschuß für Atomenergie (LAA) vorliegende Referentenentwurf der Strahlenschutzverordnung für die in der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf (WAA) gehäuft auftretenden Nuklide, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung bei einer

- Novellierung der Strahlenschutzverordnung aus der zusätzlichen Radioaktivitätsbelastung durch die Katastrophe von Tschernobyl?
48. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD) Wie viele Störfälle mit Freisetzung von Radioaktivität hat es in Kernkraftwerken der Bundesrepublik Deutschland bisher gegeben?
49. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD) Wieviel Radioaktivität wurde dabei freigesetzt?
50. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, die Zuständigkeit für die Entsorgung der nuklearen Energieanlagen auf das neu errichtete Umweltministerium zu übertragen?
51. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD) Hält es die Bundesregierung für angebracht, nach dem Bekanntwerden der Auswirkungen der Kernkraftkatastrophe von Tschernobyl auf die nähere und weitere Umgebung der Stadt die Planungen für den Fall nichtmilitärischer radioaktiver Verseuchung zu ändern und die für Zivilschutzbauten einzusetzenden Mittel so zu verwenden, daß leistungsfähige Versorgungspunkte für den Fall einer radioaktiven Katastrophe errichtet werden, und wenn nein, warum nicht?
52. Abgeordneter
Dr. Penner
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesministers des Innern, Dr. Zimmermann, der in Österreich am 29. Mai 1986 österreichische Kritik zur Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf als unberechtigt zurückgewiesen und dabei auf für Österreich vorteilhafte Wirtschaftsverflechtungen mit der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen hat?
53. Abgeordneter
Dr. Penner
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß diese Äußerungen zu teilweise heftiger Kritik, auch durch den Bundeskanzler und den Außenminister der Republik Österreich geführt haben, und sieht der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland Anlaß zu Reaktionen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

54. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU) Wie oft werden die Ansagedienste der Deutschen Bundespost, insbesondere der Börsenansagedienst auf ihre Belastung überprüft, und wie haben diese sich entwickelt?

55. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen hat das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen ergriffen, um die in der letzten Zeit aufgetretenen Unzuverlässigkeiten beim Anwählen des Börsensagedienstes für die Postbenutzer zu beseitigen, und wie ist sichergestellt, daß es angesichts des zunehmenden Interesses für Aktienanlagen gegenwärtig und in Zukunft keine Schwierigkeiten beim Anwählen des Ansagedienstes mehr gibt?
56. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Programmanbieter SAT 1 der Deutschen Bundespost Gebühren in Millionenhöhe schuldet, und wenn ja, wie werden die Rückstände beigetrieben?
57. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Oberpostdirektionen durch das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen beauftragt worden sind, Breitbandverkabelungsstatistiken und andere „Erfolgsmeldungen“ wahlkreisbezogen zu erstellen, und wenn ja, wie wird diese Maßnahme begründet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

58. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Informationen, inwieweit die in den Beachteiligtenprogrammen erfaßten Zielgruppen (Hauptschüler ohne Abschluß, Sonderschulabsolventen, junge Ausländer, sozial Benachteiligte wie etwa Verhaltensgestörte, Jugendliche aus dem Jugendhilfebereich, ehemals Drogenabhängige oder Straftatlassene, die eine berufsvorbereitende Maßnahme absolviert haben müssen und auch im Anschluß daran nicht vermittelt werden können) noch mit den nicht vermittelbaren Jugendlichen vor Ort übereinstimmen, und welche Änderungen bezüglich dieser Zielgruppendefinition plant die Bundesregierung?
59. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für sinnvoll, schon zu Anfang eines Haushaltsjahres ein Minimum an Fördermitteln zu beschließen, um den Trägern von Maßnahmen eine kontinuierliche Planung ohne zwischenzeitliche Entlassungen zu ermöglichen, zumal die Entwicklungen im großen und ganzen ja bekannt sind, insbesondere bei den ausbildungsbegleitenden Hilfen?
60. Abgeordnete
Frau Odendahl
(SPD)
- Trifft es zu, daß Gesetzgebungskompetenzen und Federführung für den Bereich des Ausbildungs- und Fortbildungsrechts des Bundes vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft bzw. anderer zuständiger Fachministerien abgezogen und auf das Bundesministerium mit Zuständigkeit für Frauenfragen übertragen wurden?

61. Abgeordnete
**Frau
Odendahl**
(SPD)
- Trifft es zu, daß Initiativrechte und Federführung wie auch finanzielle Mittel zur Förderung von Frauen aus den Bereichen Ausbildung und Fortbildung, soweit der Bund zuständig ist, von den bisher zuständigen Ministerien abgezogen und dem ergänzten Ministerium für Frauenfragen zugeordnet wurden?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

62. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß ihr Sprecher, Staatssekretär Ost, Ende Mai 1986 vor der Bundespressekonferenz gesagt hat, Bundeskanzler Kohl habe sich in einem am 29. Mai 1986 in der International Herald Tribune veröffentlichten Gespräch „überzeugt“ geäußert, „daß Ernst Albrecht auch nach dem 15. Juni 1986 niedersächsischer Ministerpräsident bleiben wird“, und ist die Bundesregierung bereit, eine Abschrift der entsprechenden Passagen des Tonbandes von dem 90minütigen Gespräch, das im Besitz des Regierungssprechers sei, zu veröffentlichen?
63. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD)
- Ist die Bundesregierung für den Fall, daß die Äußerung ihres Pressesprechers weder in der bezeichneten noch in sonst geeigneter Weise glaubhaft gemacht werden kann, bereit, den Regierungssprecher als Beamten nachdrücklich dazu anzuhalten, seine Pflicht zu wahrheitsgemäßer Information der Öffentlichkeit zu erfüllen?
64. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Auf Grund welcher Rechtslage oder welcher Haushaltserläuterungen läßt das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Fernsehsendungen bewerten, den Namen des Kommentators angeben, und wer hat die entsprechende interne Anweisung vom 21. Februar 1986 veranlaßt?
65. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Wer ist mit derartigen Fernsehbeobachtungen betraut worden, nach welchen Kriterien sollen diese Beobachtungen und Bewertungen erfolgen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

66. Abgeordnete
**Frau
Will-Feld**
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der deutsche Botschafter in Japan anläßlich eines Mittagessens für eine rheinland-pfälzische Delegation und ihre japanischen Partner einen Wachauer Rotwein aus Österreich servieren ließ, und wenn ja, wie steht die Bundesregierung in diesem speziellen Fall und ganz allgemein dazu, daß in deutschen Botschaften im Ausland nicht-deutsche Weine kredenzt werden?

67. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich keine offizielle deutsche Stelle förmlich für den durch deutsche Abfüllerbetriebe nach Japan exportierten österreichischen Weinskandal entschuldigt hat und hierdurch eine japanische Gepflogenheit nicht beachtet wurde?
68. Abgeordneter
Immer (Altenkirchen)
(SPD)
- Wie vereinbart die Bundesregierung ihre weltweiten Initiativen zur Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen mit der Tatsache, daß Kurden und Armenier in der Türkei als nicht existent bezeichnet und die Bemühungen dieser Volksgruppen um die Erhaltung ihrer Sprache und Kultur in der Türkei mit allen militärischen und polizeilichen Mitteln – auch mit den Mitteln der Folterung von unschuldigen Kindern – bekämpft werden, und ist ihr klar, daß ihre eigenen Forderungen nach Förderung und Erhaltung des deutschen Volkstums im Ausland unglaubwürdig werden, wenn sie die Rechte der Kurden und Armenier aus NATO-Rücksichten als unbegründet ansieht?
69. Abgeordneter
Jäger (Wangen)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung die am 4. Juni 1986 vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen erteilte Antwort auf die mündlichen Fragen 32 und 33 (Drucksache 10/5567) zur sogenannten Wahl der Volkskammer zur Information allen deutschen Auslandsmissionen mitteilen, um diese besser in den Stand zu versetzen, die Auffassung der Bundesregierung zu dieser „Wahl“ in ihren Aufenthaltsländern zu vertreten?
70. Abgeordneter
Fischer (Bad Hersfeld)
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Entscheidung der französischen Regierung, ihr Angebot, Paris als Tagungsort für die für den 15. Juli 1986 zum 2. August 1986 geplante Abrüstungs- und Entwicklungskonferenz der UNO bereitzustellen, in letzter Minute zurückzuziehen, und wie hat die Bundesregierung in der jüngsten Vorbereitungssitzung auf diese Entscheidung reagiert?
71. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die selektiven Wirtschaftssanktionen zahlreicher westlicher Staaten gegen das südafrikanische Apartheid-Regime (u. a. irisches Importverbot für Früchte und Gemüse, britisches Importverbot für Goldmünzen, dänisches Handelsembargo) vor dem Hintergrund ihrer ablehnenden Haltung gegenüber diesen und ähnlichen Maßnahmen?
72. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung nach dem umfassenden Handelsembargo Dänemarks gegen Südafrika unternommen, um ein einheitliches Vorgehen der EG in dieser Frage sicherzustellen?

73. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Pläne der politischen Dachorganisation der Contra, der Vereinigten Nicaraguanischen Opposition „UNO“, mit finanzieller Unterstützung des CIA in Kürze in der Bundesrepublik Deutschland (als Teil eines europaweiten Netzes), eine massive Kampagne politischer Beeinflussung prominenter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, u. a. der Medien, zu starten, und einen Vertreter für die Bundesrepublik Deutschland zu ernennen, der mit einem Budget von monatlich ca. 25 000 US-Dollar ausgestattet werden soll, und gedenkt sie, durch offizielle Kontakte dazu zu einer politischen Aufwertung der Contras in Westeuropa beizutragen?
74. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß die in Nicaragua operierenden Contras, auf deren Konto auch die jüngste Geiselnahme der acht Deutschen in Nicaragua geht, in der Tradition ehemaliger Somoza-Gardisten stehen und vom CIA finanziert, ausgerüstet und angeleitet werden?
75. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die auswärtige Kulturpolitik, wie es der bayerische Ministerpräsident Strauß vor Mitarbeitern des Goethe-Instituts geäußert hat, „dringend in die Hände einer wirklichen politischen Führungskraft“ gelegt werden müsse?
76. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß die auswärtige Kulturpolitik, wie ebenfalls vom bayerischen Ministerpräsidenten Strauß vor Mitarbeitern des Goethe-Instituts geäußert, „der internationalen Kulturschickeria als Spielwiese“ diene?

Bonn, den 13. Juni 1986

